Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/2710

20. 10. 95

Sachgebiet 613

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr

A. Zielsetzung

Der Vertrag vom 19. Mai 1995 soll den Übergang über die deutsch-tschechische Grenze, die gleichzeitig EU-Außengrenze ist, erleichtern und beschleunigen und damit die nachbarlichen Beziehungen weiter verstärken.

B. Lösung

Der Vertrag vom 19. Mai 1995 enthält die hierfür notwendigen Regelungen. Insbesondere ermöglicht er, daß die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen werden kann – eine wesentliche Voraussetzung für die Errichtung zusammenliegender Grenzdienststellen auf dem Territorium einer der beiden Vertragsparteien.

Der neue Vertrag ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Gesetz soll der Vertrag die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst entstehen keine Kosten. Soweit aufgrund des Vertrags mit der Tschechischen Republik Vereinbarungen über den Aus- oder Neubau von Gemeinschaftszollanlagen an der deutsch-tschechischen Grenze abgeschlossen werden, sind die dafür entstehenden Kosten z.Z. noch nicht abzuschätzen; sie werden sich jedoch in zweistelliger Millionenhöhe bewegen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (432) – 521 05 – Gr 19/95

Bonn, den 20. Oktober 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 689. Sitzung am 13. Oktober 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 19. Mai 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr

Vom . . .

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Furth im Wald am 19. Mai 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesministerien des Innern und der Finanzen werden jeweils für ihren Geschäftsbereich ermächtigt, ohne Zustimmung des Bundesrates die Rechtsverordnungen zu erlassen, die zur Durchführung der Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Vertrags über

a) die Errichtung zusammenliegender und vorgeschobener Grenzdienststellen einschließlich ihres Amtsbereichs,

b) die Strecken, auf denen die Bediensteten beider Vertragsparteien in den Verkehrsmitteln während der Fahrt die Grenzabfertigung vornehmen,

erforderlich sind.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil die in Artikel 15 des Vertrags vorgesehene Befreiung von Ein- und Ausfuhrabgaben auch Steuern einschließt, deren Aufkommen ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Vereinbarungen nach Artikel 1 Abs. 3 des Vertrags sollen, soweit erforderlich, durch Erlaß von Rechtsverordnungen innerstaatlich durchgeführt werden. Aus sachlichen Gründen ist geboten, diese Rechtsverordnungen ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen. Es wird sich entsprechend den Bedürfnissen des grenzüberschreitenden Verkehrs häufig die Notwendigkeit ergeben, die Vereinbarungen kurzfristig zu ändern (z.B. bei Fahrplanänderungen oder Baumaßnahmen innerhalb der Grenzabfertigungsanlagen). Die Umsetzung der Vereinbarungen im innerstaatlichen Bereich wäre in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit kaum möglich, wenn die Zustimmung des Bundesrates erforderlich wäre.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch die Ausführung des Gesetzes selbst werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Soweit durch die Vereinbarungen, die aufgrund des Vertrags abgeschlossen werden, Kosten entstehen, ist darüber im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zu gegebener Zeit zu befinden. So sind alle an der deutsch-tschechischen Grenze bereits bestehenden Gemeinschaftszollanlagen dem sprunghaft angestiegenen Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen und müssen erneuert oder neu errichtet werden. Die Höhe der Kosten für den Aus- oder Neubau von Gemeinschaftszollanlagen einschließlich der zugehörigen Infrastrukturen (Straßen- und Autobahnanbindungen, Brücken, Abfertigungsgebäude) läßt sich derzeit nicht beziffern. Es wird angestrebt, mit der Tschechischen Republik eine Vereinbarung zu treffen, wonach jeder Staat die Gemeinschaftszollanlagen auf seinem Gebiet finanziert und der Nachbarstaat für deren Mitbenutzung Miete zahlt.

Etwaige Auswirkungen auf Einzelpreise und das allgemeine Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind erst dann abzuschätzen.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o ulehčení pohraničního odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

in der Absicht, die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Spolková republika Německo

a

Česká republika

vedeny úmyslem ulehčit pohraniční odbavování v železniční, silniční a vodní dopravě mezi oběma státy,

se dohodly takto:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr zwischen beiden Staaten zu erleichtern und zu beschleunigen.

(2) Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder Bedienstete solcher Stellen können nach Maßgabe des Absatzes 3 die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen durch Vereinbarung, in welchen Fällen, in welchem Umfang und in welcher Zone die Grenzabfertigung der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommen wird. Sie können die Grenzabfertigung während der Fahrt im Zuge und auf Schiffen auf bestimmten Strecken sowie die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

(4) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, in Ausnahmefällen kurzfristig und vorübergehend die Kontrolle vom Gebietsstaat auf das eigene Hoheitsgebiet zurückzuverlagern. Der Gebietsstaat wird über eine solche Verlagerung möglichst vorher unterrichtet.

Artikel 2

Im Sinne dieses Vertrags bezeichnen die Begriffe

a) „Grenzabfertigung" die Durchführung aller Vorschriften der Vertragsparteien, die aus Anlaß des Grenzübertritts von Personen und der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, einschließlich der Transportmittel, oder von Werten, die den Devisenbestimmungen unterliegen, anzuwenden sind;

b) „Gebietsstaat" den Staat, auf dessen Hoheitsgebiet die andere Vertragspartei vorgeschobene Grenzdienststellen errichtet

Část 1
Obecná ustanovení

Článek 1

(1) Smluvní strany učiní všechna potřebná opatření pro ulehčení a vodní dopravě mezi oběma státy.

(2) Pohraniční odbavovací stanoviště jedné smluvní strany nebo pracovníci takových míst mohou provádět pohraniční odbavování na výsostném území druhé smluvní strany podle odstavce 3.

(3) Příslušné orgány smluvních stran stanoví ujednáním, ve kterých případech, v jakém rozsahu a prostoru bude prováděno pohraniční odbavování jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany. Mohou se dohodnout na pohrainičním odbavování během jízdy ve vlaku a na lodích na stanovených trasách, jakož i na zřízení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany.

(4) Smluvní strany si vyhrazují právo krátkodobě a přechodně přesunout ve výjimečných případech kontrolu z územního státu zpět na vlastní výsostné území. Území stát bude o takovémto přesunutí, jak je jen možno předem, informován.

Článek 2

Ve smyslu této smlouvy se rozumí:

a) „pohraničním odbavováním" provádění všech předpisů smluvních stran, které je třeba uplatňovat při překračování státních hranic osobami a při dovozu, vývozu a tranzitu zboží, včetně dopravních prostředků nebo hodnot, které podléhají devizovým předpisům;

b) „územním státem" stát, na jehož výsostném území zřídí druhá smluvní strana předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště

oder sonst die Grenzabfertigung von ihren Bediensteten vornehmen läßt;

c) „Nachbarstaat" die andere Vertragspartei;

d) „Bedienstete" die Personen, die als Angehörige der für die Grenzabfertigung zuständigen Behörden ihren Dienst bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen oder in Verkehrsmitteln während der Fahrt ausüben, sowie die mit der Dienstaufsicht beauftragten Personen;

e) „Zone" den Bereich des Gebietsstaats, in dem die Bediensteten des Nachbarstaats berechtigt sind, die Grenzabfertigung vorzunehmen.

Artikel 3

(1) Für die Grenzabfertigung durch Bedienstete des Nachbarstaats finden im Gebietsstaat die Vorschriften des Nachbarstaats nach Maßgabe dieses Vertrags Anwendung. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaats.

(2) Die in der gemäß Artikel 1 Absatz 3 bestimmten Zone von den Bediensteten des Nachbarstaats durchgeführten Amtshandlungen gelten als in der Gemeinde des Nachbarstaats durchgeführt, in deren Gebiet sich der zugehörige Grenzübergang befindet.

(3) Wird in der Zone gegen die in Artikel 2 Buchstabe a genannten Vorschriften des Nachbarstaats verstoßen, so gelten diese Zuwiderhandlungen als in der im Absatz 2 genannten Gemeinde begangen.

Artikel 4

(1) Die Grenzabfertigung des Ausgangsstaats wird vor der Grenzabfertigung des Eingangsstaats durchgeführt, sofern nicht Artikel 5 Anwendung findet.

(2) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Ausgangsstaats dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats mit der Grenzabfertigung der von den Bediensteten des Ausgangsstaats bereits abgefertigten Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, beginnen. Dies gilt auch, wenn der Ausgangsstaat auf die Grenzabfertigung verzichtet hat.

(3) Nach Beginn der Grenzabfertigung durch Bedienstete des Eingangsstaats gemäß Absatz 2 dürfen die Bediensteten des Ausgangsstaats Grenzabfertigungshandlungen nicht mehr vornehmen. Wenn sich jedoch nach Beginn der Eingangsabfertigung der Verdacht einer strafbaren Handlung ergibt oder wenn nachträglich bekannt wird, daß sich eine Person, nach der zur Festnahme gefahndet wird oder die in Gewahrsam zu nehmen ist, in der Zone befindet, sind die Bediensteten des Ausgangsstaats mit Einverständnis der Bediensteten des Eingangsstaats berechtigt, Grenzabfertigungshandlungen nachzuholen oder wiederaufzunehmen.

Artikel 5

Die Bediensteten der Vertragsparteien dürfen im gegenseitigen Einvernehmen von der im Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge abweichen, wenn es im Interesse einer raschen Grenzabfertigung geboten ist. In diesen Ausnahmefällen dürfen die Bediensteten des Eingangsstaats Festnahmen oder Ingewahrsamnahmen von Personen oder Beschlagnahmen von Waren erst nach Beendigung der Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats vornehmen. Sie führen, wenn sie eine solche Maßnahme treffen wollen, diese Personen und Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, den Bediensteten des Ausgangsstaats zu, wenn die Grenzabfertigung durch die Bediensteten des Ausgangsstaats hinsichtlich dieser Personen und Waren noch nicht beendet ist. Wollen die Bediensteten des Ausgangsstaats ihrerseits Festnahmen, Ingewahrsamnahmen oder Beschlagnahmen vornehmen, so gebührt ihnen der Vorrang. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

nebo jinak umožní provádět pohraniční odbavování svými pracovníky;

c) „sousedním státem" druhá smluvní strana;

d) „pracovníky" osoby, které jako pracovníci orgánů příslušných pro pohraniční odbavování vykonávají službu na předsunutých pohraničních odbavovacích stanovištích nebo v dopravních prostředcích během jízdy, jakož i osoby pověřené služebním dozorem;

e) „prostorem" oblast územního státu, v níž jsou pracovníci sousedního státu oprávněni provádět pohraniční odbavování.

Článek 3

(1) Pro pohranič ní odbavování pracovníky sousedního státu se v územním státě uplatňují předpisy sousedního státu podle této smlouvy. V ostatním platí právo územního státu.

(2) Úřední úkony prováděne pracovníky sousedního státu v prostoru stanoveném podle článku 1 odst. 3 se považují za úkony provedené obci sousedního státu, na jejímž území se příslušný hraniční přechod nachází.

(3) Dojde-li v tomto prostoru k porvšením předpisů sousedního státu, uvedených v článku 2 písm. a), považují se za porušení spáchaná v obci uvedené v odstavci 2.

Článek 4

(1) Pohraniční odbavování výstupního státu se provádí před pohraničním odbavováním vstupního státu, pokud se nepoužije článku 5.

(2) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky výstupního státu mohou pracovníci vstupního státu zahájit pohraniční odbavování osob a zboží včetně ostatních hodnot podléhajících devizovým předpisů, které již byly pracovníky výstupního státu odbaveny. Toto platí i v případě, pokud výstupní stát od pohraničního odbavování upustil.

(3) Po zahájení pohraničního odbavování pracovníky vstupního státu podle odstavce 2 již nesmějí pracovníci výstupního státu provádět úkony pohraničního odbavování. Jestliže však vznikne po zahájení vstupního odbavování podezření z trestného jednání nebo se dodatečně zjistí, že osoba, o které je vyhlášeno pátrání v prostoru, jsou pracovníci výstupního státu se souhlasem pracovníků vstupního státu oprávněni úkony pohraničního odbavování dodatečně provést či opětovně zahájit.

Článek 5

Pracovníci smluvních stran se po vzájemné dohodě mohou odchýlit od pořadí stanoveného v článku 4 odst. 1, pokud je to v zájmu rychlého pohraničního odbavení. V těchto výjimečných případech mohou pracovníci vstupního státu provést zadržení nebo zajištění osob nebo zabavení zboží teprve po ukončení pohraničního odbavení pracovníky výstupního státu. Chtějí-li takovéto opatření učinit, předvádějí tyto osoby včetně zboží a jiných hodnot podléhajících devizovým předpisům, pracovníkům výstupního státu, pokud pohraniční odbavení těchto osob a zboží pracovníky výstupního státu není ještě ukončeno. Chtějí-li pracovníci výstupního státu sami provést zadržení, zajištění nebo zabavení, mají přednost. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

Artikel 6

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen, soweit dieser Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, alle Vorschriften ihres Staats über die Grenzabfertigung, einschließlich der Regelungen über entsprechende Befugnisse, im Gebietsstaat in gleicher Weise, in gleichem Umfang und mit gleichen Folgen wie im eigenen Staat anwenden.

Článek 6

Pracovníci sousedního státu v územním státě uplatňovat všechny předpisy svého státu o pohraničním odbavování včetně ustanovení o příslušných oprávněních stejným způsobem, ve stejném rozsahu a se stejnými následky jako ve vlastním státě, pokud tato smlouva nestanoví jinak.

Artikel 7

(1) Zu den in Artikel 6 erwähnten Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingewahrsamnahme, Zurückweisung und das Recht zur Verbringung in den Nachbarstaat. Die Bediensteten des Nachbarstaats sind jedoch nicht befugt, Angehörige des Gebietsstaats auf dessen Hoheitsgebiet festzunehmen, in Gewahrsam zu nehmen, in Haft zu halten oder in den Nachbarstaat zu verbringen. Sie dürfen aber diese Personen der eigenen vorgeschobenen Grenzdienststelle oder, wenn eine solche nicht besteht, der Grenzdienststelle des Gebietsstaats zur schriftlichen Aufnahme des Sachverhalts zwangsweise vorführen.

Článek 7

(1) K oprávnění a vrácení zpět a právo převezení do sousedního státu. Pracovníci sousedního státu však nejsou oprávněni k tomu, aby státní příslušníky územního státu na jeho výsostném území zadržovali, zajišťovali, drželi ve vazbě nebo je převáželi do sousedního státu. Mohou však tyto osoby nuceně předvádět na vlastní předsunuté pohraniční odbavovací stanoviště, nebo neexistuje-li, na pohraniční odbavocací stanoviště územního státu k písemnému záznamu o stavu věci.

(2) Bei Maßnahmen nach Absatz 1 ist unverzüglich ein Bediensteter des Gebietsstaats hinzuzuziehen.

(2) Při opatřeních podle odstavce 1 je nutno neodkladně přizvat pracvníka územního státu.

(3) Das Asylrecht des Gebietsstaats bleibt unberührt.

(3) Azylové právo územního státu není dotčeno.

Artikel 8

(1) Auf den für den grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr bestimmten Wegen, die vom Hoheitsgebiet des Nachbarstaats zu seinen in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen führen, gelten die Vorschriften über die Grenzabfertigung beider Staaten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des Ausgangsstaats vor denen des Eingangsstaats anzuwenden sind.

Článek 8

(1) Na trasách vedoucích z výsostného území sousedního státu k jeho předsunutým pohraničním odbavovacím stanovsištím v územním státě, určených k přeshraniční přepravě osob a zboží, se uplatňují předpisy týkající se pohraničního odbavování obou států s tím, že předpisy výstupního státu se použijí před předpisy státu vstupního.

(2) Die Einhaltung der Vorschriften beider Staaten ist durch die zuständigen Grenzdienststellen des Gebietsstaats zu überwachen. Im Fall einer Verletzung dieser Vorschriften sind festgenommene oder in Gewahrsam genommene Personen und beschlagnahmte Waren sowie Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, zunächst den Grenzdienststellen des Ausgangsstaats zur Durchführung der Grenzabfertigung zu übergeben. Die Bestimmungen des Artikels 7 bleiben unberührt.

(2) Na dodržování předpisů obou států musí dohlížet příslušná pohraniční odbavovací stanoviště územního státu. V případě porušení těchto předpisů se zadržené nebo zajištěné osoby a zabavené zboží, jakož i hodnoty podléhající devizovým předpisům, předávají nejdříve pohraničním odbavovacím výstupního státu k provedení pohraničního odbavení. Ustanovení článku 7 nejsou dotčena.

Artikel 9

Personen, denen der Grenzübertritt von den Bediensteten des Eingangsstaats nicht gestattet wird, darf die Rückkehr in den Ausgangsstaat nicht verwehrt werden. Erforderlichenfalls sind sie von den Bediensteten des Ausgangsstaats zwangsweise zurückzubefördern.

Článek 9

Osobám, jimž není-pracovníky vstupního státu povoleno překročení státních hranic, nesmí být bráněno v návratu do výstupního státu. V případě potřeby jsou tyto osoby dopravovány pracovníky výstupního státu zpět nuceně.

Artikel 10

(1) Die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien unterstützen sich bei der Grenzabfertigung nach diesem Vertrag gegenseitig. Sie tauschen auch personenbezogene Daten aus, wenn deren Übermittlung für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich ist.

Článek 10

(1) Příslušná pohraniční odbavovací stanoviště smluvních stran se vzájemně podporují při pohraničním odbavování podle této smlouvy. Vyměňují si rovněž osobní údaje v případě, že jejich předání je potřebné pro provádění pohraničního odbavování.

(2) Soweit aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des nationalen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

(2) Pokud se na základě této smlouvy v souladu s vnitrostátním právem předávají údaje, platí následující ustaovení:

a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zulässig;

a) použití údajů příjemcem je přípustné jen k uvedenému účelu a za podmínek stanovených předávající smluvní stranou;

b) der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse;

b) příjemce na žádost informuje předávající smluvní smluvní stranu o použití předaných údajů a o výsledcích tím získaných;

c) personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Grenzdienststellen sowie

c) osobní údaje se mohou předávat výlučně příslušným pohraničním odbavovacím stanovištím, jakož i

– in der Bundesrepublik Deutschland an die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte in Strafsachen,

– ve Spolkové republice Německo orgánům činným v trestním stíhání a soudům ve věcech trestních,

– in der Tschechischen Republik an die im Strafverfahren tätigen Behörden

übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen;

d) die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen;

e) dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird;

f) die übermittelnde Vertragspartei weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem Recht geltenden Löschungsfristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald der Grund für ihre Übermittlung entfällt;

g) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen;

h) die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(3) Wird jemand infolge der Übermittlung von Daten nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, so haftet ihm hierfür die empfangende Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Vertragspartei verursacht worden ist.

– v České republice orgánům se může uskutečnit jen s předchozím souhlasem předávajícího místa;

d) předávající smluvní strana je povinna dbát na správnost údajů, jež mají být předány, jakož i na jejich potřebnost a úměrnost ve vztahu k účelu, který přenos údajů sleduje. Přitom je třeba respektovat zákazy předávání údajů stanovené příslušným vintrostáním právem. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje nebo údaje, které nesměly být předány, je třeba to příjemci neprodleně sdělit. Tento je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit;

e) dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích k ní existujících, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost k jejímu poskytnutí není dána, jestliže se zváží, že veřejný zájem na neposkytnutí takovéto informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Jinak se řídí právo dotčené osoby na poskytnutí informací o údajích k ní existujících vnitrostátním právem té smluvní strany, na jejímž výsostném území bylo o informaci požádáno;

f) předávající smluvní strana upozorní při předání údajů na lhůty pro výmaz těchto údajů stanovené jejím právem. Nezávisle na těchto lhůtách je nuto předané osobní údaje vymazat, jakmile pomine důvod jejich předání;

g) smluvní strany jsou povinny vést evidenci o předávání a příjmu osobních údajů;

h) smluvní strany jsou povinny účinně chránit předané osobní údaje proti neoprávněnému přístupu k nim, jejich neoprávněným a neoprávněnému oznámení.

(3) Bude-li osoba v důsledku předání údajů podle této smlouvy poškozena protiprávním, odpovědnost za škodu nese přijímající smluvní strana podle svých vnitrostátních právních předisů. Ve vztahu k poškozenému se nemůže odvolávat na to, že škoda byla způsobena předávající smluvní stranou.

Abschnitt II

Rechtsstellung der Bediensteten des Nachbarstaats

Artikel 11

Die Bediensteten des Nachbarstaats dürfen sich aufgrund eines mit Lichtbild versehenen Dienstausweises zu der Grenzdienststelle begeben, bei der sie ihre dienstliche Tätigkeit im Gebietsstaat durchzuführen haben.

Artikel 12

Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags ihren Dienst im Gebietsstaat ausüben, können bei Ausübung des Dienstes ihre Dienstkleidung und ihre Dienstwaffe tragen sowie Diensthunde mitführen. Von der Waffe dürfen sie im Gebietsstaat nur im Fall der Notwehr Gebrauch machen.

Artikel 13

(1) Die strafrechtlichen Bestimmungen des Gebietsstaats zum Schutz seiner Bediensteten gelten auch für strafbare Handlungen gegen die Bediensteten des Nachbarstaats in Ausübung des Dienstes im Gebietsstaat oder in Zusammenhang mit diesem Dienst.

Část II

Právní postavení pracovníků sousedního státu

Článek 11

Pracovníci sousedního státu mohou docházet na pohraniční odbavovací stanoviště, kde vykonávají svoji služební činnost v územním státě, na základě služebního průkazu opatřeného fotografií.

Článek 12

Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy vykonávají svoji službu v územním státě, mohou při výkonu služby nosit stejnokroj a služební zbraň a vodit sebou služební psy. Zbraň smějí v územním státě použít pouze v případě nutné sebeobrany.

Článek 13

(1) Trestně právní ustanovení územního státu na ochranu jeho pracovníků se vztahují rovněž na trestné činy proti pracovníkům sousedního státu při výkonu služby v územním státě nebo v souvislosti s touto službou.

(2) Von strafbaren Handlungen, die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat begangen werden, ist die vorgesetzte Dienststelle dieser Bediensteten durch die entsprechende Dienststelle des Gebietsstaats unverzüglich zu benachrichtigen.

Artikel 14

(1) Ansprüche auf Ersatz von Schäden, die Bedienstete des Nachbarstaats in Ausübung ihres Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst im Gebietsstaat verursachen, unterstehen dem Recht des Nachbarstaats und sind vor dessen Gerichten geltend zu machen. Die Angehörigen des Gebietsstaats sind hinsichtlich solcher Ansprüche den Angehörigen des Nachbarstaats gleichgestellt.

(2) Wird ein Bediensteter des Nachbarstaats im Gebietsstaat während der Ausübung seines Dienstes oder im Zusammenhang mit diesem Dienst getötet oder verletzt oder wird eine Sache, die er mit sich führt oder an sich trägt, beschädigt oder vernichtet, so sind die Ansprüche auf Ersatz dieser Schäden nach dem Recht des Nachbarstaats zu beurteilen.

(3) Zur Entscheidung über Schadensersatzansprüche nach Absatz 2 sind die Gerichte jener Vertragspartei zuständig, auf deren Hoheitsgebiet das den Schaden verursachende Verhalten gesetzt worden ist oder in dem der Schädiger seinen ständigen Wohnsitz hat. Zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bezirk der Kläger seinen ständigen Wohnsitz hat.

Artikel 15

(1) Alle zum dienstlichen Gebrauch bestimmten Gegenstände, welche die im Gebietsstaat tätigen Bediensteten des Nachbarstaats ein- oder ausführen, bleiben frei von Zöllen und sonstigen Abgaben.

(2) Frei von Zöllen und sonstigen Abgaben bleiben auch die Gegenstände des persönlichen Bedarfs einschließlich der Lebensmittel, welche die Bediensteten auf dem Wege zum und vom Dienst mit sich führen und während ihres dienstlichen Aufenthalts im Gebietsstaat benötigen.

(3) Dienstfahrzeuge und eigene Fahrzeuge, mit denen Bedienstete des Nachbarstaats zur Ausübung ihres Dienstes in den Gebietsstaat fahren und in den Nachbarstaat zurückkehren, bleiben unter entsprechenden Kontrollmaßnahmen frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Die Leistung einer Sicherheit entfällt.

(4) Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf die in den Absätzen 1 bis 3 angeführten Gegenstände und Fahrzeuge keine Anwendung.

Artikel 16

(1) Die Bediensteten des Nachbarstaats, die aufgrund dieses Vertrags regelmäßig im Gebietsstaat beschäftigt werden, sind den entsprechenden Grenzdienststellen des Gebietsstaats vor Entsendung schriftlich unter Angabe der Geburtsdaten und der Amtsbezeichnung zu benennen.

(2) Jede Vertragspartei wird ihre Bediensteten auf Verlangen der anderen Vertragspartei von der Verwendung in deren Hoheitsgebiet ausschließen oder abberufen.

Abschnitt III

Rechtsstellung der in den Gebietsstaat vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaats

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien werden ihren vorgeschobenen Grenzdienststellen alle zur Grenzabfertigung notwendigen Befugnisse erteilen; die Abfertigungsbefugnisse für den Warenverkehr richten sich nach den Verkehrsbedürfnissen.

(2) O trestných činech spáchaných pracovníky sousedního státu v územním státě je nutno neprodleně vyrozumět nadřízený služební orgán těchto pracovníků prostřednictvím příslušného orgánu územního státu.

Článek 14

(1) Nároky na náhradu škody, kterou způsobí pracovníci sousedního státu při výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním státě, podléhají právu sousedního státu a je třeba je uplatnit před jeho soudy. Státní příslušníci územního státu jsou v těchto nárocích postaveni na roveň státním příslušníkům sousedního státu.

(2) Je-li pracovník sousedního státu během výkonu své služby nebo v souvislosti s touto službou v územním státě usmrcen nebo zraněn nebo je-li věc, kterou s sebou vozí nebo nosí, poškozena nebo zničena, posuzují se nároky na náhradu těchto škod podle práva sousedního státu.

(3) K rozhodnutí o nárocích na náhradu škody podle odstavce 2 jsou příslušné soudy té smluvní strany, na jejímž výsostném území došlo k jednání způsobivšímu škodu nebo v němž má škůdce trvalý pobyt. Příslušným je také soud, v jehož obvodu má navrhovatel svůj trvalý pobyt.

Článek 15

(1) Všechny předměty určené pro služební potřebu dovážené nebo vyvážené pracovníky sousedního státu činnými v územním státě jsou osvobozeny od cla a jiných poplatků.

(2) Od cla a jiných poplatků jsou osvobozeny i předměty osobní potřeby včetně potravin, které převážejí pracovníci na cestě do služby a zpět a jež potřebují během služebního pobytu v územním státě.

(3) Služební vozidla a vlastní vozidla, kterými pracovníci sousedního státu jezdí k výkonu služby do územního státu a jimiž se vracejí do státu sousedního, nepodléhají při zachování příslušných kontrolních opatření clu a jiným poplatků. Zajištění celního dluhu se nevyžaduje.

(4) Zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení, se nevztahují na předměty a vozidla uvedená v odstavcích 1 až 3.

Článek 16

(1) Pracovníci sousedního státu, kteří na základě této smlouvy pravidelně vykonávají službu v územním státě, musí být před vysláním písemně jmenovitě nahlášeni příslušným pohraničním odbavovacím stanovištím územního státu s uvedením dat narození funkce.

(2) Každá ze smluvních stran na žádost druhé smluvní strany vyřadí nebo odvolá své pracovníky z výkonu služby na jejím výsostném území.

Část III

Právní postavení předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť sousedního státu v územním státě

Článek 17

(1) Smluvní strany budou udělovat svým předsunutým pohraničním odbavovacím stanovištím všechna oprávnění nezbytná k pohraničnímu odbavování; odbavovací oprávnění pro pohyb zboží se řídí provozními potřebami.

(2) Die Abfertigungsbefugnisse und die Öffnungszeiten der beiderseitigen Grenzdienststellen sind möglichst übereinstimmend festzusetzen.

Artikel 18

Die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats bestimmten Räume sind durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen. Die Diensträume des Nachbarstaats sind mit Aufschriften in deutscher und tschechischer Sprache zu versehen.

Artikel 19

Die vorgeschobenen Grenzdienststellen haben innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch zugewiesenen Räumlichkeiten das Recht, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Personen, die gegen die Ordnung verstoßen, zu entfernen. Dabei leisten die zuständigen Dienststellen und Bediensteten des Gebietsstaats auf Ersuchen Beistand.

Artikel 20

Die zum dienstlichen Gebrauch der vorgeschobenen Grenzdienststellen bestimmten Gegenstände bleiben im Ein- und Wiederausgang frei von Zöllen und sonstigen Abgaben. Ein- und Ausfuhrverbote sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung.

Artikel 21

(1) Dienstbriefe und Dienstpakete sowie dienstliche Geld- und Wertsendungen, die für vorgeschobene Grenzdienststellen bestimmt sind oder von diesen in den Nachbarstaat gesandt werden, dürfen durch Bedienstete des Nachbarstaats ohne Vermittlung der Postverwaltung und frei von Postgebühren befördert werden.

(2) Diese Sendungen unterliegen der Grenzkontrolle des Gebietsstaats nur bei Verdacht einer strafbaren Handlung. Bei dieser Kontrolle sind Bedienstete des Nachbarstaats hinzuzuziehen.

(3) Die Sendungen sollen zur Vermeidung von Mißbräuchen mit dem Dienststempel der absendenden Dienststelle versehen sein.

Artikel 22

Die von den Bediensteten des Nachbarstaats im Gebietsstaat bei der Grenzabfertigung amtlich eingenommenen oder dorthin amtlich mitgeführten Geldbeträge und die von ihnen beschlagnahmten oder eingezogenen Waren einschließlich sonstiger Werte, die den Devisenbestimmungen unterliegen, dürfen in den Nachbarstaat verbracht werden.

Artikel 23

(1) Der Gebietsstaat bewilligt gebührenfrei die Errichtung und den Betrieb der ausschließlich für die Tätigkeit der vorgeschobenen Grenzdienststellen und für die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt erforderlichen Fernmeldeanlagen, einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen, sowie deren Verbindung mit den entsprechenden Anlagen des Nachbarstaats. Etwaige Kosten für die Errichtung der Anlagen oder den Mietzins für ihre Benutzung trägt der Nachbarstaat. Der Betrieb dieser Anlagen gilt als interner Verkehr des Nachbarstaats.

(2) Mit Ausnahme der in Absatz 1 genannten Fälle bleiben die Vorschriften beider Vertragsparteien über die Errichtung, Instandhaltung und den Betrieb von Fernmeldeanlagen einschließlich elektronischer Datenverarbeitungsanlagen unberührt.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien stimmen die gemäß Absatz 1 erforderlichen Maßnahmen miteinander ab.

Artikel 24

(1) Gewerbetreibende des Nachbarstaats sowie ihr Personal dürfen bei den vorgeschobenen Grenzdienststellen alle die Grenz-

(2) Odbavovací oprávnění a provozní doby pohraničních odbavovacích stanovišť obou stran je nutno uvést do maximálního možného souladu.

Článek 18

Prostory a místnosti určené pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu je třeba označit úředními štítky a výsostnými znaky. Služební místnosti sousedního státu musí být označeny nápisy v německém a českém jazyce.

Článek 19

Předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště mají v prostorách přidělených k výlučnému užívání právo udržovat pořádek a vykázat osoby narušující pořádek. Příslušné orgány a pracovníci územního státu jim v tom na jejich žádost poskytnou pomoc.

Článek 20

Předměty určené ke služební potřebě předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť se osvobozují při vstupu a opětovném výstupu od cla a jiných poplatků. Nevztahují se na ně rovněž zákazy dovozu a vývozu, jakož i dovozní a vývozní omezení.

Článek 21

(1) Služební dopisy a služební balíky, jakož i služební peněžní a cenné zásilky, které jsou určeny pro předsunutá pohraniční odbavovací stanoviště nebo jsou jimi do sousedního státu zasílány, mohou být dopravovány pracovníky sousedního státu bez prostřednictví poštovní správy a jsou osvobozeny od poštovních poplatků.

(2) Tyto zásilky podléhají pohraniční kontrole územního státu pouze při podezření z páchání trestné činnosti. K této kontrole je třeba přizvat pracovníky sousedního státu.

(3) Zásilky mají být v zájmu zneužití opatřeny služebním razítkem odesílajícího služebního orgánu.

Článek 22

Peněžní částky úředně vybrané při pohraničním odbavování pracovníky sousedního státu v územním státě nebo peněžní částky tam úředně dovezené, jakož i jimi zabavené nebo zajištěné zboží včetně jiných hodnot podléhajících devizovým předpisům, mohou být převezeny do sousedního státu.

Článek 23

(1) Územní stát povoluje bezplatné zřizování a provoz telekomunikačních zařízení potřebných výhradně k činnosti předsunutých pohraničních odbavovacích stanovišť a k pohraničnímu odbavování v dopravních prostředcích během jízdy včetně zařízení pro elektronické zpracování údajů, jakož i jejich napojení na příslušná zařízení sousedního státu. Případné náklady na vybudování těchto zařízení nebo nájemné za jejich používání hradí sousední stát. Provoz těchto zařízení se považuje za interní provoz sousedního státu.

(2) S výjimkou případů uvedených v odstavci 1 nejsou dotčeny předpisy obou smluvních stran o zřizování, údržbě a provozu telekomunikačních zařízení včetně zařízení na elektronické zpracování údajů.

(3) Příslušné orgány smluvních stran vzájemně koordinují potřebná opatření podle odstavce 1.

Článek 24

(1) Podnikatelé sousedního státu, jakož i jejich personál, mohou na předsunutých pohraničních odbavovacích stanovištích vykoná-

abfertigung betreffenden Dienstleistungen erbringen, die sie im Nachbarstaat auszuüben berechtigt sind. Die Gewährung dieser Dienstleistungen richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Nachbarstaats.

(2) Die in Absatz 1 genannten Gewerbetreibenden und ihr Personal sind vom Erfordernis einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaats befreit.

(3) Die organisatorisch-technischen Bedingungen für die Gewährung der Dienstleistungen durch die Gewerbetreibenden im Gebietsstaat können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in den Vereinbarungen über die Durchführung der Grenzabfertigung einer Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei regeln.

(4) Die zuständigen Behörden des Gebietsstaats entscheiden in Abstimmung mit den zuständigen Behörden des Nachbarstaats, in welchen Fällen und in welchem Umfang diesen Gewerbetreibenden Büroräume oder Grundstücke zur Errichtung von Bürogebäuden bei den einzelnen Grenzdienststellen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

vat všechny služby týkající se pohraničního odbavování, k jejichž poskytování jsou v sousedním státě oprávněni. Poskytování těchto služeb se řídí podle právních předpisů sousedního státu.

(2) U podnikatelů a jejich personálu uvedených v odstavci 1 se nevyžaduje zvláštní živnostenské a pracovní povolení územního státu.

(3) Organizačně technické podmínky pro poskytování služeb podnikateli v územním státě mohou příslušné orgány smluvních stran upravit s ohledem na místní podmínky v ujednáních o provádění pohraničního odbavování jedné smluvní strany na výsostném území druhé smluvní strany.

(4) Příslušné orgány územního státu rozhodnou po dohodě s příslušnými orgány sousedního státu, ve kterých případech a v jakém rozsahu budou těmto podnikatelům poskytnuty za úhradu kanceláře nebo pozemky ke zřízení kancelářských budov na jednotlivých pohraničních odbavovacích stanovištích.

Abschnitt IV

Bereitstellung von Diensträumen und Unterkünften

Artikel 25

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen

a) die für die Grenzdienststellen des Nachbarstaats benötigten Diensträume und Anlagen;

b) die für deren Errichtung zu entrichtenden anteiligen Baukosten oder gegebenenfalls den Mietzins sowie die Vergütungen für Betriebskosten, wie zum Beispiel für Beleuchtung, Heizung, Reinigung.

(2) Die Eisenbahnen des Gebietsstaats sind verpflichtet, einem Ersuchen des Nachbarstaats um Bereitstellung von Diensträumen und Unterkünften und um Gewährung sonstiger Leistungen für die Bediensteten der Grenzdienststellen des Nachbarstaats gegen eine zu vereinbarende Vergütung nachzukommen.

(3) Die Eisenbahnen und die Schiffahrtsunternehmen haben die Bediensteten, die die Grenzabfertigung während der Fahrt durchzuführen haben, unentgeltlich zu befördern und ihnen die erforderlichen Zugabteile oder Schiffskabinen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Část IV

Poskytování služebních a ubytovacích prostor

Článek 25

(1) Příslušné orgány smluvních stran určí vzájemnou dohodou:

a) služební prostory a zařízení potřebná pro pohraniční odbavovací stanoviště sousedního státu;

b) podíl nákladů na stavby, který je třeba uhradit za jejich vybudování, popřípadě nájemné, jakož i úhradu provozních nákladů, například na osvětlení, otop a úklid.

(2) Železnice územního státu jsou povinny vyhovět žádosti sousedního státu o poskytnutí služebních a ubytovacích prostor a dalších služeb pro pracovníky pohraničních odbavovacích stanovišť sousedního státu za úhradu, kterou je třeba sjednat.

(3) Železnice a provozovatelé vodní dopravy jsou povinni pracovníky provádějící pohraniční odbavování během jízdy přepravovat zdarma a poskytovat jim bezplatně potřebné vlakové oddíly nebo kabiny lodí.

Abschnitt V

Schlußbestimmungen

Artikel 26

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien beigelegt. Sollte es den zuständigen Behörden nicht gelingen, diese Meinungsverschiedenheit beizulegen, ist, soweit möglich, eine Regelung durch die Vertragsparteien herbeizuführen.

Artikel 27

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Vertrags die zu seiner Durchführung erforderlichen organisatorischen Maßnahmen unmittelbar abstimmen.

Artikel 28

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht.

Část V

Závěrečná ustanovení

Článek 26

Rozdílnosti týkající se výkladu nebo provádění této smlouvy budou řešit příslušné orgány smluvních stran. Nepodaří – li se příslušným orgánům tyto rozdílnosti urovnat, budou je řešit, pokud možno, smluvní strany.

Článek 27

Příslušné orgány smluvních stran mohou v rámci této smlouvy přímo koordinovat organizační opatření potřebná k jejímu provádění.

Článek 28

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze, pokud možno v době co nejkratší.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann jederzeit schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird zwölf Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege zugegangen ist.

Geschehen zu Furth i. Wald am 19. Mai 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, v němž byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Může být kdykoliv písemně vypovězena. Výpověď nabývá účinnosti dvanáct měsíců po dni, ve kterém byla doručena druhé smluvní straně diplomatickou cestou.

Dáno ve Furth im Wald dne 19. května 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Theo Waigel
Hartmut Hillgenberg

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
Jan Ruml

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der am 19. Mai 1995 in Furth im Wald unterzeichnete Vertrag soll den Übergang über die deutsch-tschechische Grenze erleichtern und beschleunigen. Zu diesem Zweck sieht er vor, daß Grenzdienststellen der einen Vertragspartei oder deren Bedienstete die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vornehmen können mit dem Ziel, die Grenzabfertigung zusammenzulegen.

Gleichartige Abkommen wurden mit Österreich (BGBl. 1957 II S. 581; 1979 II S. 110; 1992 II S. 1198), Belgien (BGBl. 1958 II S. 190), Frankreich (BGBl. 1960 II S. 1533), den Niederlanden (BGBl. 1960 II S. 2181), der Schweiz (BGBl. 1962 II S. 877; 1991 II S. 291), Luxemburg (BGBl. 1963 II S. 141), Dänemark (BGBl. 1967 II S. 1521) und Polen (BGBl. 1994 II S. 265) abgeschlossen.

Der Vertrag ist ein Rahmenvertrag. In dem Vertrag werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien ermächtigt, durch Vereinbarungen die Fälle, den Umfang und die Zonen zu bestimmen, in denen die Bediensteten der einen Vertragspartei die Grenzabfertigung auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorzunehmen berechtigt sind. Sie können die Strecken für die Grenzabfertigung während der Fahrt in Zügen und auf Schiffen bestimmen sowie die Errichtung vorgeschobener Grenzdienststellen der einen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vereinbaren.

II. Besonderes

Zu den Artikeln 1 bis 10

Diese Artikel beinhalten die allgemeinen Bestimmungen über die Grenzabfertigung und ihre Zusammenlegung auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei (Artikel 1), die Definition der verwendeten Begriffe (Artikel 2), die anzuwendenden Vorschriften (Artikel 3 Abs. 1), die Reihenfolge bei der Abfertigung (Artikel 4 und 5), die Befugnisse der Grenzbediensteten (Artikel 6 und 7) und die gegenseitige Unterstützung der Grenzdienststellen der Vertragsparteien sowie die Übermittlung der für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlichen personenbezogenen Daten (Artikel 10).

Die Grenzabfertigung im Sinne dieses Vertrags umfaßt alle Maßnahmen, die in den Vorschriften der Vertragsparteien für den Grenzübertritt von Personen und die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren vorgesehen sind. Darunter fallen insbesondere die Zoll- und Außenwirtschaftsabfertigung, die Paßnachschau sowie die Überwachung der Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote oder -beschränkungen zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen.

Die Zusammenlegung der Grenzabfertigung setzt voraus, daß die Grenzabfertigungsorgane des einen Staates (Nachbarstaat) auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates (Gebietsstaat) tätig werden können. Aufgrund des Vertrags dürfen deshalb die Bediensteten des Nachbarstaates alle Vorschriften ihres Staates über die Grenzabfertigung und die sich aus diesen ergebenden Befugnisse anwenden (Artikel 6). Zu diesen Befugnissen gehört auch das Recht der Festnahme, Ingewahrsamnahme, Zurückweisung und das Recht zur Verbringung in den Nachbarstaat (Artikel 7 Abs. 1). Die Vertragsparteien haben sich während der Verhandlungen zu dem Vertrag über die Eingriffsbefugnisse ihrer Bediensteten und über den dagegen gewährten Rechtsschutz unterrichtet. Dieser Ausdehnung des hoheitlichen Bereichs des Nachbarstaates entspricht jeweils die Verpflichtung des Gebietsstaates, die danach zulässigen Einwirkungen des Nachbarstaates zu dulden. Die Anwendung des nachbarschaftlichen Rechts beschränkt sich auf das zur Wahrnehmung der Grenzabfertigungsfunktion erforderliche Maß. Im übrigen gilt das Recht des Gebietsstaates (Artikel 3 Abs. 1).

Um zu vermeiden, daß sich die dienstlichen Verrichtungen der beiderseitigen Grenzabfertigungsorgane überschneiden, ist die Reihenfolge ihrer Amtshandlungen festgelegt (Artikel 4 und 5). In Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des Vertrags ist schließlich bestimmt, daß die zuständigen Grenzdienststellen der Vertragsparteien sich gegenseitig unterstützen. Dabei tauschen sie auch personenbezogene Daten aus, soweit diese für die Durchführung der Grenzabfertigung erforderlich sind (Artikel 10 Abs. 1). In Artikel 10 Abs. 2 wurden ins einzelne gehende Regelungen zum Schutz der zu übermittelnden Daten entsprechend den Grundzügen des Übereinkommens des Europarates für den Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten vom 28. Januar 1981 aufgenommen.

Zu den Artikeln 11 bis 16

Diese Bestimmungen regeln die Rechtsstellung der Bediensteten des Nachbarstaates. Den Bediensteten werden besondere Erleichterungen für den Grenzübertritt und den Aufenthalt im Gebietsstaat (Artikel 11 und 16) sowie für die Mitnahme der zum dienstlichen und persönlichen Gebrauch bestimmten Waren gewährt (Artikel 15). Sie dürfen bei Ausübung ihres Dienstes im Gebietsstaat Dienstkleidung und Dienstwaffen tragen sowie Diensthunde mitführen (Artikel 12). Um den Bediensteten des Nachbarstaates im Gebietsstaat eine ungestörte Dienstausübung zu ermöglichen, ist sichergestellt, daß sie dort den gleichen strafrechtlichen Schutz wie die eigenen Bediensteten dieses Staates genießen (Artikel 13). Auch für Schadensersatzansprüche des Bediensteten und gegen den Bediensteten in Zusammenhang mit seinem Dienst gilt das Recht des Staates, dem der Bedienstete angehört (Artikel 14).

Zu den Artikeln 17 bis 23

In diesen Artikeln ist die Rechtsstellung der vorgeschobenen Grenzdienststellen des Nachbarstaates geregelt. Um eine reibungslose Grenzabfertigung zu gewährleisten, ist vorgesehen, daß die zusammengelegten Grenzdienststellen ihre Abfertigungsbefugnisse und Öffnungszeiten über-

einstimmend festsetzen (Artikel 17). Die Grenzdienststellen des Nachbarstaates sind verpflichtet, ihre Diensträume durch Amtsschilder und Hoheitszeichen kenntlich zu machen (Artikel 18). Innerhalb der ihnen zum Alleingebrauch überlassenen Räume üben sie das Hausrecht aus (Artikel 19). Die für ihren Dienstgebrauch bestimmten Waren sind von allen Ein- und Ausfuhrabgaben des Gebietsstaates befreit; Ein- und Ausfuhrverbote sowie -beschränkungen finden auf diese Gegenstände keine Anwendung (Artikel 20). Besondere Erleichterungen werden den Grenzdienststellen des Nachbarstaates bei der Beförderung von Dienstpost (Artikel 21), der Verbringung von amtlich eingenommenen Geldbeträgen und beschlagnahmten Waren in das eigene Staatsgebiet (Artikel 22) sowie für die Nachrichtenübermittlung (Artikel 23) eingeräumt.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel legt die Rechtsstellung der Gewerbetreibenden des Nachbarstaates – im wesentlichen der Grenzspediteure – fest. Er soll sicherstellen, daß die Gewerbetreibenden des Nachbarstaates bei dessen vorgeschobenen Grenzdienststellen ihre Tätigkeiten in gleicher Weise wie im Nachbarstaat und nach seinen Rechtsvorschriften ausüben können, ohne daß sie und ihr Personal dafür einer zusätzlichen Gewerbe- und Arbeitserlaubnis des Gebietsstaates bedürfen.

Zu Artikel 25

In diesem Artikel ist die gegenseitige Bereitstellung von Diensträumen und Anlagen einschließlich der damit verbundenen anteiligen Baukosten oder Miete für die Grenzdienststellen sowie von Zugabteilen oder Schiffskabinen für die Bediensteten geregelt, die die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt durchführen.

Zu den Artikeln 26 bis 28

Diese Artikel enthalten die Schlußbestimmungen über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten wegen der Auslegung des Vertrags (Artikel 26), über die unmittelbare Abstimmung von Maßnahmen vor Ort (Artikel 27) und die üblichen Vorschriften über Ratifikation, Inkrafttreten und Kündigung des Vertrags (Artikel 28).

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 527409 11. 95
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333